
könnte. Um den Ausbruch von häuslicher Gewalt zu verhindern, vergibt sogar die NGO CARE das Geld weiter an Männer, obwohl es ihr Ziel ist, alle Programme „gendertransformativ“ zu gestalten, um Gleichberechtigung zu fördern.

Aber warum kommt es im Norden Nigerias, in einer konservativ muslimischen, polygamen Gesellschaft, nicht zu Spannungen, wenn das IKRK Frauen bei der Geldvergabe bevorzugt? Im Gegensatz zu CARE will das IKRK gar nicht gendertransformativ wirken. Es wurde aber festgestellt, dass die Projektziele besser erreicht werden, wenn Frauen das Geld erhalten. Frauen kennen die Bedürfnisse des Haushalts am besten, weil sie die meiste Zeit zu Hause sind; die Männer hingegen würden

das Geld oft dazu verwenden, eine weitere Frau zu heiraten. Die Vorteile erklärte das IKRK den Dorfältesten und den Männern, die sich dann einverstanden erklärten.

Wenn humanitäre Hilfe geleistet wird, müssen unsere Annahmen immer wieder hinterfragt werden – um, wie Adichie es ausdrückt, „zu realisieren, dass es niemals nur eine Geschichte gibt“. Wir müssen mit den Menschen vor Ort sprechen und ihnen Entscheidungsmacht geben, um zu verstehen, welche Folgen unsere Handlungen auslösen können. Vor allem, wenn sie auf einseitigen Geschichten und unvollständigen Bildern beruhen. ••

Corinne Duriaux untersuchte in Amman, Gaziantep und Maiduguri die genderspezifischen Auswirkungen von Geldleistungen in humanitären Kontexten.

Ende der Vogelperspektive

Ernährungssouveränität verlangt einen Perspektivwechsel in der Ernährungspolitik. Der kann zur Stärkung lokaler Landwirtschaft beitragen, wie zwei Beispiele aus Ecuador zeigen.

Von Julia Spanier

Landkarten sind der Inbegriff der Vogelperspektive. Beim Betrachten einer Landkarte schauen wir von einer entrückten Position auf ein Gebiet, als wäre es flach und strukturiert. Die Vogelperspektive erlaubt Abstraktion, das Wahrnehmen von Mustern und übergeordneten Zusammenhängen. So suggeriert sie Objektivität – einem konventionellen wissenschaftlichen Verständnis entsprechend, das Objektivität als das Ausbleiben von Interaktion zwischen Forschenden und Erforschten versteht. Um eine Sache in ihrer Wahrhaftigkeit zu erfassen, müssen wir

uns nur weit genug von ihr entfernen, so lautet die These.

Lange wurde Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aus dieser Vogelperspektive betrieben. Anstatt die Erfahrungen und Interessen der lokalen Bevölkerung als Ausgangspunkt von Veränderung zu verstehen, erfolgte EZ oft anhand extern erstellter Modelle und Analysen. Das Konzept „Entwicklung“ selbst ist das Produkt des westlichen Blickes auf „den Rest der Welt“. Doch das Vertrauen in diesen Ansatz bröckelt seit geraumer Zeit. Wir brauchen einen Perspektivwechsel.

Im Bereich Ernährungssicherheit gewinnen sogenannte territoriale Ansätze immer mehr an Bedeutung. Dies ist die Folge eines Trends hin zu partizipativen Entwicklungsmodellen, die die Perspektive der lokalen Bevölkerung stärker in den Mittelpunkt rücken sollen. Territoriale Ansätze sollen nun die Lücken nationaler und sektoraler Programme zur Ernährungssicherung schließen, indem sie sich den spezifischen Problemen auf der Ebene von Territorien annehmen.

Ein Territorium umfasst dabei sowohl städtische als auch ländliche Gebiete, die funktional miteinander verbunden sind – aber nicht notwendigerweise demselben Verwaltungsgebiet angehören. Innerhalb eines Territoriums werden sektorübergreifende Programme entwickelt – zum Beispiel wird die Zusammenarbeit von Personen aus dem Gesundheits-, Landwirtschafts- und Umweltbereich angeregt, um die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Das klingt vielversprechend, und dennoch bleibt abzuwarten, inwieweit diese territorialen Ansätze von der Vogel- in die territoriale Perspektive wechseln.

Es geht um Macht

Ernährungssouveränität könnte ein gutes Leitbild sein, um territoriale Ansätze tatsächlich mit einem Perspektivwechsel zu versehen. Ernährungssouveränität wurde 1996 von der internationalen kleinbäuerlichen Bewegung La Via Campesina vorgestellt. In der Erklärung des Nyéléni-Forums wird Ernährungssouveränität als „das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste, nachhaltig produzierte Nahrung; das Recht, Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen“ definiert.

Kleinbäuerliche Rechte rücken in den Mittelpunkt der Ernährungspolitik – denn internationaler Agrar- und Lebensmittel-

handel sowie die politische und kulturelle Marginalisierung kleinbäuerlicher Landwirtschaft entziehen der ländlichen Bevölkerung nach und nach den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen, Land und Saatgut. Ernährungssouveränität fordert ein Ende dieser Machtungleichheit.

Ein Aspekt des Kampfes gegen diese Machtungleichheit ist die Einnahme der Perspektive des Territoriums. Das bedeutet zum einen, dass jene, die das Land bewohnen und bearbeiten, politische Macht in Form von Wissensproduktion und Entscheidungsfindung zurückfordern. Und zum andern, dass die Stärkung territorialer Ernährungssysteme und Märkte eingefordert wird, in denen alle Schritte von der Primärproduktion über die Verarbeitung bis zum Konsum innerhalb des Territoriums verbleiben. Dabei bleibt auch der erwirtschaftete Gewinn innerhalb des Territoriums und wird nicht mit der Verarbeitung und Vermarktung der Produkte weit entfernt vom Ort ihrer Ernte erzielt. Territoriale Ernährungssysteme reetablieren soziale Systeme in bestimmten Gebieten, allen voran zwischen Konsumierenden und Produzierenden.

Im Welternährungsausschuss (CFS) in Rom, einem partizipativ gestalteten Gremium der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, werden territoriale Ernährungssysteme diskutiert. Die Zivilgesellschaft, unter anderem repräsentiert durch Organisationen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Viehhalterinnen und Vieh-

Vor Ort produzieren und konsumieren: Kleinbäuerliche Rechte rücken in den Mittelpunkt der Ernährungspolitik

halten, Landlosen und Indigenen, brachte 2015 das Konzept der territorialen Märkte in die CFS-Politikempfehlungen.

Auch das zugrundeliegende Konzept der Ernährungssouveränität hat die Sphäre der Zivilgesellschaft verlassen und den Weg in internationale und nationalstaatliche Politik gefunden. Die im November 2018 verabschiedete UN-Erklärung zu den Rechten von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern definiert, dass jene „und andere in ländlichen Regionen arbeitende Menschen das Recht haben, ihre Ernährungs- und Agrarsysteme selbst zu bestimmen, was von vielen Staaten und Regionen als das Recht auf Ernährungssouveränität anerkannt ist“. Darüber hinaus haben seit 2008 erste Länder wie Bolivien, Venezuela und Ecuador das Recht auf Ernährungssouveränität in ihre Verfassungen aufgenommen.

Die eigene Landkarte zeichnen

In Ecuador hat Artikel 13 der neuen Verfassung zur Förderung von Ernährungssouveränität jedoch noch keine tiefen strukturellen Veränderungen mit sich gebracht. Die Zivilgesellschaft und Territorien wurden bislang nicht ermächtigt, ihre eigenen Ernährungssysteme zu gestalten; Bergbauprojekte stechen das Recht auf Ernährungssouveränität aus, und kleinbäuerliche Organisationen der Küstenregion beobachten, wie immer mehr kleine Ackerflächen aufgekauft, zusammengeführt und an große Agrarunternehmen weiterverkauft werden.

Aber die ecuadorianische Zivilgesellschaft ist weiter aktiv. So hat die kleinbäuerliche Organisation von Quevedo (CAQ) einen lokalen Markt ins Leben gerufen, der langfristig ein in sich geschlossenes territoriales Ernährungssystem schaffen soll. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sollen mit lokal gezüchtetem Saatgut und lokal

Die Zivilgesellschaft will mit lokalen Märkten ein in sich geschlossenes Ernährungssystem schaffen

zubereiteten organischen Düngern und Tierfutter ihre Produkte herstellen. Sie sollen Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Geräten sowie zu Krediten einer Kooperationsbank haben. Auf dem Markt können die Produkte dann verkauft werden – möglichst nach einigen Verarbeitungsschritten, um die Gewinnmarge zu vergrößern. Die Produzierenden bilden sich kontinuierlich politisch und agrarökologisch weiter, tauschen sich mit Kolleginnen und Kollegen anderer Territorien und Provinzen aus und, ganz wichtig, fordern die Unterstützung und Anerkennung ihrer Rechte seitens der lokalen und nationalen Autoritäten ein.

In einem anderen Projekt, das derzeit nicht nur von CAQ, sondern auch von der Union kleinbäuerlicher Organisationen Esmeraldas (UOCE) durchgeführt wird, kartieren Kleinbäuerinnen und Kleinbauern die Umrisse ihrer Gemeinschaften, ihre Lebenssituation und die vorherrschenden Formen der Landnutzung in ihrer Region. Sie dokumentieren das Fortschreiten industrialisierter Landwirtschaft in ihren Provinzen, den ungleichen Kampf um Land zwischen kleinbäuerlicher und exportorientierter Landwirtschaft, das Fehlen grundlegender sozialer und materieller Infrastruktur in ländlichen Regionen.

Es ist ein politischer Kampf: Die Menschen zeichnen ihre eigene Landkarte. Anstatt sich befragen und analysieren zu lassen, emanzipieren sie ihren eigenen Blick auf sich selbst und die Welt. ••

Julia Spanier beschäftigte sich in Heidelberg, Brüssel und Quito mit dem Konzept der Ernährungssouveränität.